

Lindauer Hoybote



Bunte Stadtratfraktion streitet weiter für weniger CO₂ Ausstoß und eine umweltfreundliche Stadtentwicklung.

Vor der Stadtratswahl 2014 beschloss der Stadtrat: 15% weniger MIV bis 2020

Am 28. Februar 2012 hat der Stadtrat das „Klimaschutzkonzept 2020 für die Stadt Lindau“ einstimmig beschlossen. Damals erklärtes Ziel, die jährliche Fahrleistung des „Motorisierten Individual-Verkehrs (MIV)“ und damit die umweltschädlichen Fahrzeugabgase bis 2020 um 15% zu vermindern. Im Jahre 2014 gab der Stadtrat mit großer Mehrheit die Erstellung eines „Klimafreundlichen Lindauer Mobilitätskonzept 2030“ (KLiMo) in Auftrag, um dieses Ziel zu erreichen.

Das Integrierte Stadt-Entwicklungs-Konzept wurde 2015 fertiggestellt

Ende 2015 hat die Stadt Lindau nach einem Jahr intensiver Arbeit von Verwaltung, Stadtrat und Fachplanern sowie unter großer Beteiligung der Bürger ein Integriertes Stadt-Entwicklungs-Konzept (ISEK) mit dem Titel „Lindau 2030“ fertiggestellt.

Einzelhandel, Tourismus, Wohnungsmarkt, Freiraum- und Grünraumgestaltung bis hin zu städtebaulichen Aspekten sind als Teilkonzepte enthalten. Die BUNTE LISTE hat die erarbeiteten Vorschläge im Wesentlichen mitgetragen. Nicht zugestimmt haben wir der Wohnungsmarktanalyse, die einen Bedarf von 1800 Wohnungen in den nächsten Jahren feststellt und damit der Versiegelung des letzten Grüns im Stadtgebiet weiter Vorschub leistet.

Das ISEK-Teilkonzept Verkehr jedoch verzögerte sich. Für die notwendigen Arbeiten am KLiMo als ISEK-Teilkonzept Verkehr wurden Fördermittel der Klimaschutzinitiative des Bundes beim Bundesumweltministerium beantragt. Erst nach längerer Bearbeitungszeit wurde die Förderung bewilligt.

Jetzt wird es ernst mit der „Mobilität für alle“

Die Mobilitätsfachplaner bei der GTL erarbeiten derzeit – unterstützt durch ein Verkehrsplanungsbüro – unter aufwändiger öffentlicher Beteiligung die ganzheitliche Planung „Mobilität für alle“. „Mobilität“ ist nicht gleich „Automobilität“. Viele fleißige BürgerInnen haben in mehreren Bürgerworkshops zahlreiche Vorschläge eingebracht, wie zukünftig im Sinne des Klimaschutzes Verkehr vermieden werden kann. Damit werden die Parkhausphantastereien mancher Räte grundsätzlich in Frage gestellt.

Plötzlich regiert wieder die Windschutzscheibensicht

Da besinnen sich einige altgediente Stadträte wieder auf ihre Windschutzscheibensicht – der



kommunalpolitische Jugendtraum vom Parkhaus am Europaplatz könnte nach Abschluss des KLiMo-Prozesses ausgeträumt sein. In einem kurzfristig außerplanmäßig anberaumten Stadtratsworkshop werden KLiMo-Maßnahmen (Förderung Fuß- und Radverkehr, Verbesserungen beim Stadtbus ...) einerseits und Parkhäuser andererseits heftig diskutiert. Die Befürworter der Parkhäuser (die Mehrheit des Stadtrates außer BUNTE und ÖDP) machen in der Diskussion deutlich, dass ein klimafreundliches Mobilitätskonzept für sie ganz hinten an steht.

Abgelehnt: Park & Ride allein würde den CO₂-Ausstoß um 30% vermindern

Sogar der Vorschlag für Park & Ride am Stadtrand – in vielen Tourismusstädten seit Jahren erfolgreich praktiziert – wird abgelehnt. Allein diese Maßnahme würde laut Verkehrsplanern mittelfristig den CO₂-Ausstoß um 30% vermindern.

Am Ende der Diskussion ist sich die konservative Stadtratsmehrheit einig: Vorrang sollen ein Parkhaus am Karl-Bever-Platz „mit größtmöglicher Kapazität“ (O-Ton JU-Stadtrat Hotz) und ein Parkhaus am Bahnhof Reutin haben. Danach könne man über klimafreundliche Maßnahmen nachdenken. Peinlich nur, bei dieser Vorgehensweise wird so gut wie keine CO₂-Verminderung eintreten und für die klimafreundlichen Maßnahmen ist am Ende kein Geld mehr da.

Diese Stadtratsmehrheit wäre konsequent, würde sie ganz auf das KLiMo verzichten. Denn die Vorschläge der Mehrheit sind weder „klimafreundlich“ noch befördern sie „Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer“. Die aktiven BürgerInnen und das fördernde Bundesumweltministerium dürften über diesen Betrug wenig erfreut sein.

BUNTE LISTE für ein I(i)ebenswertes Lindau ohne Stau und Gestank!

Die Umsetzung eines Klimafreundlichen Mobilitätskonzeptes ist weder Selbstzweck für Fachplaner noch eine Spielwiese für verbohrt Ökoaktivisten. Unabhängig von der notwendigen CO₂-Verminderung wird das KLiMo wie auch das ISEK unabdingbare Voraussetzung bei der Förderung aller städtebaulichen Projekte (Landesgartenschau/Hintere Insel, Bahnstation Reutin ...) aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sein. Deren Vorgaben zum Klimaschutz für die Kommunen werden in naher Zukunft deutlich schärfer werden, sollen die international vereinbarten, ambitionierten Klimaschutzziele bis 2030 erfüllt werden. An ihre klimafreundlicheren Beschlüsse sollte sich die konservative Mehrheit des Stadtrats erinnern, wenn Sie noch in irgendeiner Form ihrer Verantwortung für diese Stadt gerecht werden will.

MATTHIAS KAISER,
MOBILITÄTSBEAUFTRAGTER DER STADT LINDAU



Schwerpunkt dieses Hoyboten sind die Themen Ökologie und Verkehr. Verkehr in Lindau ist ein Dauerthema und weil es bislang keine Lösung gibt, tobt das Chaos – am schlimmsten auf der Insel. Derweil vergiftet der Automief das Klima. Touristen fragen sich kopfschüttelnd, warum auf dieser kleinen, schönen Insel überhaupt Autos fahren dürfen, während die Bewohner am Dauerlärm und einer scheinbar völligen Regellosigkeit verzweifeln.

KLiMo & ISEK sollten es für die Stadt richten und auch bei der Fahrradfreundlichen Kommune wollte der Stadtrat in seiner Mehrheit mit dabei sein. Aber bitte ohne einschneidende Maßnahmen, möglichst kostenlos und ohne Einschränkungen für den Autoverkehr. Am Ende stimmte meist nur die Bunte Liste mit der ÖDP für die notwendigen umweltfreundlichen Maßnahmen.

Der Hoybote der Bunten Liste liefert Hintergrundinformationen zu diesem und auch anderen Themen. Im nächsten Hoyboten wird es dann um Bauen, Wohnen und Leben in Lindau gehen. Um Frauen stärker an den Themen zu beteiligen,



haben wir unsere Redaktion zur Hälfte weiblich besetzt. Unsere basisdemokratischen Treffen sind jede Woche, Sonntagabend um 20 Uhr in den Räumen des Sprachinstituts „Dialoge“ im Bahnhof auf der Insel. Mitmachen statt meckern!

Parkplätze ... Parkplätze ... Parkplätze

Für die Insel-Geschäftsleute und leider auch für die meisten im Stadtrat heißt Verkehrspolitik = Autopolitik. Andere Verkehrsarten kommen bei ihnen einfach nicht vor oder werden nur als lästige Störung für einen ungebremsten Autoverkehr wahrgenommen. Dabei macht der in Lindau nachweislich nicht einmal die Hälfte aller Wege aus.

Gefühlt beschäftigt sich der Stadtrat mindestens die Hälfte der Zeit mit dem Thema Parkplätze, so als ob wir sonst keinerlei Probleme hätten. Was wir mit Sicherheit wissen: wir können unmöglich so viele Parkplätze bauen, wie wir im Juli und August füllen könnten. Wir werden förmlich überannt von einer Blechlawine. Aber

es wäre natürlich völlig unwirtschaftlich, so viele Parkplätze zu bauen, die dann 10 Monate im Jahr leer stehen, und wir hätten im Stadtgebiet bald keine grüne Wiese mehr.

Was wir auch wissen: die Parkplätze, die wir jetzt schon haben, sind im Rest vom Jahr nur zum Teil ausgelastet. Mit dem Parkhausklotz an der Inselhalle und dem Bestand am Karl-Bever-Platz werden auch ohne Hintere Insel mehr als genug inselnahe Parkplätze zur Verfügung gestellt. Für darüber hinausgehende Mobilitätsbedürfnisse gibt es das Fahrrad, den Stadtbus, die Bahn, Reise- und Fernbusse, die eigenen Beine, Schiffe ...

Wozu also erneut ca. 80 000 € in ein über-

flüssiges Parkraumkonzept versenken, dachte sich die Mehrheit der Bunten und stimmte im Stadtrat dagegen. Mit dieser Summe könnten wir stattdessen den Stadtbus-Abendverkehr einige Jahre im gewohnten Takt laufen lassen.

Die anderen Bunten dachten an die von den Inselhändlern aufgeheizte Stimmung unter Stadträten, die im Moment nur an eines denken: an noch mehr Parkplätze. Ein Kollege von der CSU schaffte es, bei einem etwa vierminütigen Redebeitrag zum Thema „Klimafreundliches Verkehrskonzept“ immerhin 48-mal das Wort „Parkplatz“ zu verwenden.

Vor diesem Hintergrund ist zu befürchten, dass ohne ein ordentliches Parkraumkonzept die

einzigste Devise heißt: Baut Parkplätze, und zwar so viel wie nur möglich und überall hin. Deshalb stimmten die Bunten im Stadtrat für das Parkraumkonzept, um wenigstens das Schlimmste zu verhindern.

Vor kurzem ging ein Händler sogar so weit, seine Kundschaft zum ordnungswidrigen Parken vor seinem Geschäft aufzurufen und anzubieten, die Bußgeldbescheide zu bezahlen; eine dreiste Vereinnahmung des öffentlichen Raums, der uns allen, und nicht nur einigen Blechkisten zur Verfügung stehen müsste. Wie lange wollen wir Lindauer uns das noch bieten lassen?

ULRIKE LORENZ-MEYER

Klimaneutral – mobil

Der Arbeitskreis Verkehr (AKV) zur Fahrradfreundlichen Kommune Lindau

ein Interview mit Daniel Obermayer von I.-M.Pietrzak



Stellplatz-Notstand am Lindauer Bahnhof

Daniel, man liest immer wieder vom AKV, was können wir uns darunter vorstellen?

Der Arbeitskreis Verkehr ist organisierte Bürgerbeteiligung zur lokalen Umsetzung der Beschlüsse von Rio 1992. In Rio war die erste internationale Umweltkonferenz zur Eindämmung des Klimawandels.

Also global denken – vor Ort handeln. Und wer macht da mit?

Genau! Bei uns machen engagierte Bürger aus Lindau und Umgebung mit und zwei Vertreter der Stadt. Man kann uns auf der Homepage der Stadt und auf Facebook finden. Im Übrigen laden wir alle InteressentInnen ein, unsere Arbeit zu unterstützen.

Was tut der AKV für Lindau?

Unsere Schwerpunkte sind Verbesserungen für Rad und Bus Fahrende. Unser Ziel ist es, den Anteil der Rad und Bus Fahrenden am Verkehr in der Stadt zu erhöhen, damit die Umwelt nachhaltig entlastet wird, also weniger Schadstoffe durch Autoverkehr. Unter dem Motto: „Nutzen statt besitzen“ möchten wir das Teilen von Autos (Carsharing) und das Mitfahren über Mitfahrzentralen befördern, so wie es in vielen deutschen Städten schon üblich ist.

Derzeit wird viel über die Fahrradfreundliche Kommune geschrieben, was versteht man darunter?

Lindau hat gute Voraussetzungen dafür, weil die innerstädtischen Entfernungen meist bei unter 5 km liegen. Die Höhenunterschiede sind gering und es sind gute Wegverbindungen vorhanden. Es gibt aber Stolpersteine und Gefahrenpunkte wie beispielsweise der neue Radweg aus Oberreitnau, der in Schönau endet. Oder der Berliner Platz, der sehr gefährlich für RadlerInnen ist. Auch sind Fuß- und Radwege nicht gut ausgeschildert. Es gibt viel zu wenig Fahrradabstellplätze. Ein Beispiel: Düren hat wie auch andere Städte direkt am Bahnhof eine Fahrradstation, wo man ein Rad abstellen, leihen und reparieren lassen kann. Häufig werden diese Stationen von sozialen Unternehmen betrieben. Für die Stadt und unsere vielen Fahrradgäste wäre solch eine Station sicher ein Gewinn.

Was muss passieren, dass RadfahrerInnen auf unseren Straßen sicherer sind?

In der Innenstadt wären Tempo 30 und die Aufhebung der Radwegpflicht die einfachste und zweckmäßigste Lösung.

Daniel, was heißt denn das für die Fußgänger, vor allem Kinder und ältere Menschen?

Fußgänger sind zweifelsfrei die schutzlosesten Verkehrsteilnehmer und brauchen deshalb besondere Rücksicht. Deshalb ist es gut, die schnellen Radfahrer auf die Straße bei Tempo 30 zu lassen, aber Kindern mit Eltern, behinderten und älteren Menschen auf dem Rad die Radwege zu überlassen. Die müssen sie sich in Lindau häufig mit Fußgängern teilen.

Die Stadt Lindau möchte gern Fahrradfreundliche Kommune sein, tut sich aber schwer damit, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Was ist der Grund dafür?

Ich vermute, dass die vielen Lindauer RadfahrerInnen keine Lobby im Stadtrat haben. Und das, obwohl wir einen hohen Anteil von RadlerInnen in der Lindauer Bevölkerung haben. Deren Belange spiegeln sich aber nicht in den Investitionen der Stadt wieder. Die investiert in Parkhäuser und kürzt beim Stadtbuss. Bunte Liste und ÖDP setzten sich seit Jahrzehnten für die Interessen der Rad und Bus Fahrenden ein, aber sie haben leider nicht die Stadtratsmehrheit.

Daniel, sind für Dich RadfahrerInnen die besseren Menschen?

Keineswegs !!! Der Anteil der Rücksichtslosen und Ignoranten ist immer gleich, egal ob Fußgänger, Rad, Bus oder Auto Fahrende, das zeigen wissenschaftliche Untersuchungen. Aber alle, die auf das Auto verzichten, wo auch immer es ihnen möglich ist, tragen aktiv zum Klimaschutz bei und das sollte die Stadt mit allen möglichen Maßnahmen unterstützen.

„Bahlsen-Brücke“ dringend sanierungsbedürftig

Die „Bahlsen-Brücke“ über die Bahnlinie Lindau–Bregenz und über die östliche Bregenzer Straße ist in einem kritischen Zustand.

Die Stadt Lindau muss diese Radfahrer- und Fußgängerbrücke schnell von Grund auf sanieren, bevor Substanzverluste eintreten.

Die Brücke dient vielen Menschen aus den Stadtteilen Reutin-Ost und Rickenbach, um an das Seeufer und beispielsweise in das Eichwaldbad zu gelangen. Umgekehrt erschließt sie für Radfahrer von der Insel das Gewerbegebiet und die dortigen Arbeitsplätze an der Autobahnauffahrt.

KARL SCHWEIZER



Verkehrsregeln, an die sich kaum jemand hält

Entschleunigt

Kaum zu glauben aber wahr: die Insel ist schon längst verkehrsberuhigt. Laut Stadtratsbeschluss ist der gesamte Inselbereich innerhalb der Stadtmauer nach Straßenverkehrsordnung (StVO) „Verkehrsberuhigter Bereich“. Das heißt:

- Fußgänger dürfen die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen.
- Kinderspiele sind überall erlaubt.
- Der Fahrzeugverkehr muss Schrittgeschwindigkeit (7 km/h max.) einhalten. Das bedeutet: 1. Gang im Standgas!
- Fahrzeugführer dürfen Fußgänger weder gefährden noch behindern; notfalls müssen sie warten.
- Die Fußgänger dürfen den Fahrverkehr nicht unnötig behindern.
- Das Parken ist außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen unzulässig, ausgenommen zum Ein- oder Aussteigen, zum Be- oder Entladen.
- Das Überholen ist ausgeschlossen.

Übrigens: Die Regeln der StVO gelten auch für Radfahrer.

Was unternehmen Stadtverwaltung und Polizei, um die Verkehrsberuhigung zum Wohle der Fußgänger, Anwohner wie Touristen, durchzusetzen?

LOTHAR HÖFLER



„Der kleine Lindauer“

Kinder zeichnen ihre täglichen Wege zu Kinderorten – Kindergarten, Schule, Schwimmbad, Spielplatz, Wiesen und Wäldern – mit Kreide auf. Die Ergebnisse werden in ein Planungssystem übertragen. Die Kinder kommentieren, was sie anziehend, langweilig und beängstigend finden. Die erwachsenen Planer erkennen daraus gefährliche Wegabschnitte oder Querungen mit Auto-, Bus- und Bahnverkehr. So weit, so einfach.



Wegbegleiter als zusätzliche Kennzeichnung

Intelligente Wegbegleiter für Aufmerksamkeit und Orientierung

Langeweile macht unaufmerksam, unübersichtliche Kreuzungen und Querungen gefährden Kinder. Intelligente gestaltete Wegbegleiter vermeiden Langeweile, können Kinder von gefährlichen Querungen weglocken und unübersichtliche Querungen erkennbar machen.

Wegbegleiter können besondere Pflasterungen, eingelassene Findlinge, liegende Baumstämme oder ins Pflaster eingelassene Kennzeichen für übersichtliche Querungen sein. In Griesheim, Hessen, wurde „der kleine Griesheimer“ als Kennzeichen für Start und Ziel an übersichtlichen Querungen entworfen.

„Elterntaxi“ macht Wege unsicher

Das „Elterntaxi“ ist eine der größten Gefahren für Kinder an Kindergärten und Schulen. In Griesheim gibt es deshalb „Eltern-Haltestellen“. Die Gefahr der „Elterntaxis“ für andere Kinder ist damit gebannt. Die Eltern können ihre mit dem Auto gebrachten Kinder dort gefahrlos aussteigen und den Rest des Weges zum

Kindergarten oder zur Schule selbstständig gehen lassen.

Tempo 30 in allen Wohnvierteln

Für alle Wohnstraßen in Griesheim gilt Tempo 30 außer auf der Bundesstraße 26.

„Bespielbare Stadt“ für wenig Geld

Der gesamte Planungsprozess mit den Kindern und die Umsetzung der Maßnahmen für eine „bespielbare“ Stadt hat Griesheim vor 10 Jahren 110 000 Euro gekostet. Alle 4 bis 5 Jahre wird der gesamte Planungsprozess wiederholt. Nur an 2% der Wege mussten bisher Änderungen umgesetzt werden. Seit die Kinder die Verkehrsplanung mitplanen, hat es in Griesheim keine Unfälle mit Kindern mehr gegeben.

Von der Einwohnerzahl entspricht Lindau etwa Griesheim. Die Erfahrungen sind direkt übertragbar. Wann werden „der kleine Lindauer“ und die „Eltern-Haltestellen“ bei Schulen und Kindergärten und Tempo 30 in Wohnvierteln in Lindau eingeführt?

REINER PIETZAK

„Bei einem Fly-Under fürchte ich um die Händler in der Rickenbacher Straße“

ein Interview mit Oberbürgermeister Dr. Gerhard Ecker von Jürgen Widmer



Herr Oberbürgermeister Dr. Ecker, Sie haben im Stadtrat gegen den Fly-Under gestimmt. Warum?

Ich habe nicht grundsätzlich gegen den Fly-Under gestimmt. Aber ich bin dafür, dass auch die Variante einer durch ein intelligentes Ampelsystem gesteuerten Kreuzung nicht vorzeitig zu Grabe getragen wird. Wir sollten auch diese Möglichkeit in ihrer ganzen Tiefe untersuchen, um eine Entscheidungs-alternative zu haben. Zumal sie bei viel geringeren Kosten zum Erfolg führen könnte.

Der Kreisverkehr am Berliner Platz ist überlastet. Kreisverkehre gelten doch grundsätzlich als leistungsfähiger als Ampelkreuzungen. Wie soll also eine Ampelkreuzung Abhilfe schaffen, wenn die Anbindung des Bahnhofs noch dazu kommt?

Es stimmt, bis zu einem bestimmten Verkehrsaufkommen sind Kreisverkehre leistungsfähiger. Die Probleme am Berliner Platz entstehen dann, wenn durch fortwährende Fußgängerquerungen der Verkehrsfluss auf der Straße permanent unterbrochen wird. Ist aber ein Kreisverkehr dicht, dann geht gar nichts mehr. Mit einer Ampelanlage kann ich dann regelnd eingreifen. Zudem kamen zwei voneinander unabhängige Fachleute zu dem Schluss, dass eine Ampelanlage eine erhebliche Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit am Berliner Platz erzielen könnte.

Eine Ampelanlage würde aber bedeuten, dass der Lindaupark abgehängt würde und die Rickenbacher Straße wieder Einbahnstraße werden müsste. Die Maßnahme in der Rickenbacher Straße wurde nach Beschwerden der dortigen Händler zurückgenommen. Wie soll dies künftig funktionieren?

Der Lindaupark muss sowieso neu geplant werden, das hat uns Herr Feneberg in mehreren Gesprächen bestätigt. Durch die Neubebauung des Cofely-Areals müssen wir auch das gesamte Gebiet neu überplanen. Eine leistungsfähige Zufahrt von der Kemptener Straße könnte hier eine Lösung bringen.

Die Rickenbacher Straße muss auch beim Fly-Under voraussichtlich zur Einbahnstraße werden. Der Bund als Baulastträger wird sich nicht auf Kompromisse einlassen. Ich befürchte auch, dass die Existenz der Händler in der Rickenbacher Straße durch eine Großbaustelle für einen Fly-Under gefährdet würde.

Fahrtziel Kultur

Die Initiative „Fahrtziel Natur“ ist eine Kooperation der Umweltverbände BUND und NABU, des VCD und der Deutschen Bahn. Sie vergibt auch den Fahrtziel-Natur-Award. 2009 wurde die Pionierregion für nachhaltige Mobilität – Bayerischer Wald – ausgezeichnet.

GUTi Fahrt mit Bus und Bahn

Als es 2007 in der Region Bayerischer Wald darum ging, das Angebot von Bus und Bahn, wie in Lindau 2015, durch Sparmaßnahmen zu retten, entschlossen sich die beteiligten Gemeinden stattdessen das GUTi – Gästeser-

Das Angebot kam sowohl bei den Gästen als auch bei den Einheimischen so gut an, dass sich mittlerweile weitere Gemeinden in der Region dem GUTi-Verbund angeschlossen haben und demnächst eine stillgelegte Bahnlinie wiederbelebt wird. Sparmaßnahmen zur Rettung von Bus und Bahn als Verkehrsträger in der Fläche sind seitdem im Bayerischen Wald kein Thema mehr.

„Fahrtziel Kultur“ für Lindau

Was mit dem „Fahrtziel Natur“ gelingt, sollte durch entsprechende Verhandlungen zwischen



Alternatives attac Hafenkonzert mit John Gillard

vice Umwelt-Ticket – einzuführen. Das GUTi ermöglicht es den Gästen in der Region, alle Angebote von Bus und Bahn kostenlos zu nutzen. 32 Cent pro Übernachtung seitens der Beherbergungsbetriebe sichern die Finanzierung des GUTi.

Stadtbus, Bodenseeverkehrsverbund Bodo, Bahn und den beteiligten Kommunen in und um Lindau auch möglich sein. Der Verbund müsste dann wohl unter dem Motto „Fahrtziel Kultur“ unterwegs sein.

REINER PIETRAK

Stadtratsmehrheit mit Tunnelblick

Zur Millionenverschwendung für einen „Fly-Under“ am Berliner Platz gibt es eine Alternative.

Die Demokratie ist ein hohes Gut. Aber sie fordert manchmal Opfer, die nur schwer zu ertragen sind. Denn nicht immer hat eine Mehrheitsmeinung etwas mit Vernunft und Qualität zu tun. So geschehen bei der Diskussion und Abstimmung über die zukünftige Verkehrsführung am Berliner Platz.

auftragungsgemäß

Die Verwaltung hatte vom Stadtrat den Auftrag, eine funktionierende Alternative zum völlig überlasteten Kreisverkehr zu prüfen. Dies ist

Aber eben nur fast. Mit ihrer Windschutzscheibensicht haben die KollegInnen nicht bemerkt, dass auch bei dieser Variante die Rickenbacher eine Einbahnstraße werden muss.

Selbstverständlich hat die ganze Bunte Ratsfraktion und mit uns die ÖDP und sogar der Oberbürgermeister gegen diesen unsäglichen Beschluß gestimmt.

trostlos

Auch einige andere Kröten wurden einfach geschluckt:

Die seit Jahrzehnten aufwendig gehegte Platanenallee vom Landratsamt bis zum Kreisverkehr fällt dieser Verkehrsplanung zum Opfer. Und damit wird die schönste Einfahrt in unsere

Stadt zur seelenlosen Asphaltwüste.

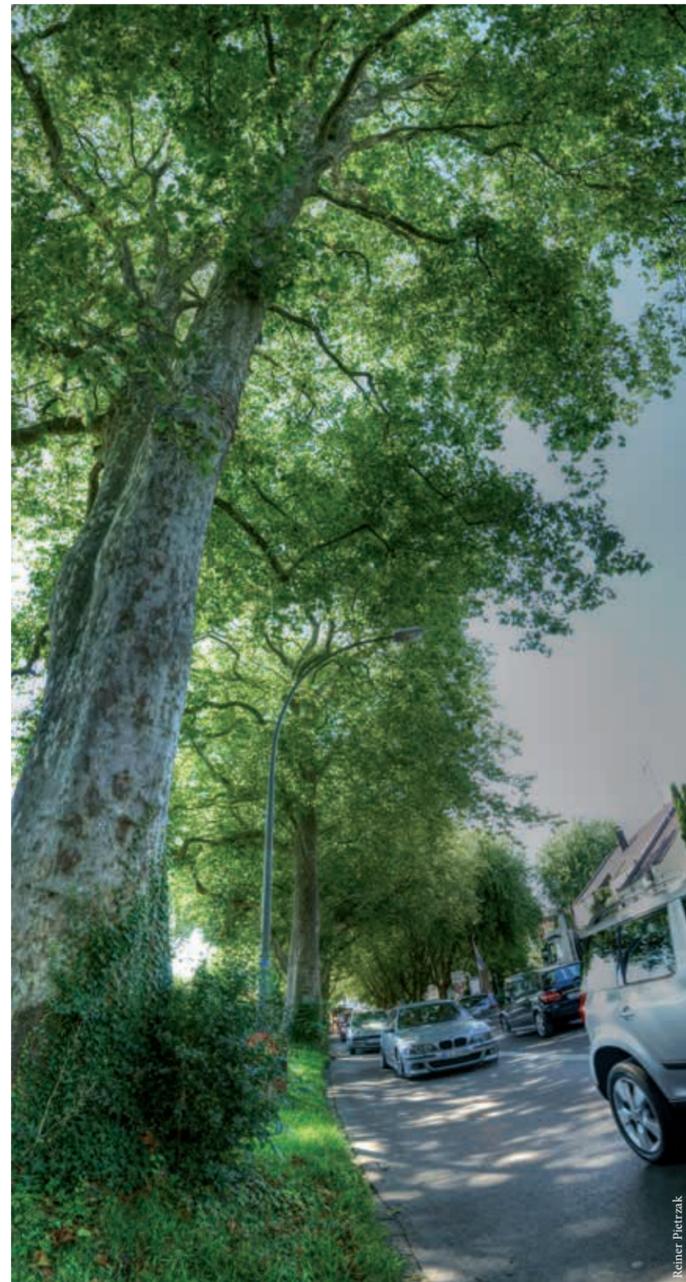
Aufgrund der Aufweitung des Kreisels bleibt auch kein Platz mehr für ein Empfangsgebäude am neuen Bahnhof. Dümmer kann man Stadtplanung kaum betreiben.

Völlig unbeeindruckt war die Stadtratsmehrheit von den Kosten dieser Beton- und Asphaltorgie in Reutin. Das Straßenbauamt schätzt diese auf mindestens 10 Millionen Euro. Es waren vor allem diejenigen, welche beim Thema Straßenausbaubeitrag gern die Beschützer der armen Bürger vor der geldgierigen Verwaltung spielen, denen die fünffachen Ausgaben scheißegal waren. Da die Stadt dieses Geld nicht hat, wird sie dafür – in irgendeiner Form – den Bürgern in die Tasche greifen müssen.

Ich mache jede Wette, dass dann dieselben alten Herren wieder aufheulen und sich heuchlerisch darüber aufregen.

Dann ist die Demokratie mal wieder schwer zu ertragen ...

ULI KAISER



Lindaus grünes Eingangstor in Gefahr

die Voraussetzung, um den neuen Bahnhof in Reutin anzubinden. Es wurde eine ampelgesteuerte Kreuzung entwickelt, die unter zwei Bedingungen den Verkehr bewältigen kann:

- Der Lindaupark muss seine Zufahrt auf die Nordseite verlegen und
- die Rickenbacherstraße wird zur Einbahnstraße.

Unser OB führte Gespräche mit der Firma Feneberg. Diese plant eine Runderneuerung ihres Einkaufszentrums und könnte sich vorstellen, die sehr störende Parkplatzzufahrt umzubauen und damit den Eingang in den Lindaupark deutlich aufzuwerten. Der so beschriebene Umbau des Platzes wird auf Kosten von unter 2 Millionen Euro geschätzt.

autogerecht

Mit großer Arroganz wischte eine deutliche Mehrheit des Rates diese Idee vom Tisch und sprach sich blumig für den sogenannten „Fly-Under“ aus. Bei dieser Variante wird der Kreis am Berliner Platz deutlich vergrößert und die Fahrbahn der Bregenzer Straße in einer Unterführung unter dem Kreisverkehr durchgeführt. Da so ein Drittel des Verkehrs nicht im Kreis fährt, kann fast alles so bleiben wie es ist und der neue Bahnhof an den Berliner Platz angebunden werden.

Bregenzer Straße

Noch bauschen sich die grünen Zweige im Abendwind. platanenhoch, alleinweit, schattenkühl.

„Ach Du grüne Schönheit!“
Zwitschern die kleinen Vögle vielsprachig, froh.
Sie lieben ihr Leben in den Bäumen der Bregenzer Straße.
Lindau hoch!

Drunten drängt sich Stoßstange an Stoßstange
die falsche Vorstellung im SUV
es ginge einfach weiter so –
und schneller im Fly-Under.
Platanen weg, Allee entfernt, Schatten los.
Stadtklima zerstört, grüne Schönheit geraubt,
Lindau runter!

Unterm staubigen Asphalt,
wo sich die Platanen an den Wurzelhänden halten
ist es lang' schon gewusst:
„Ihr habt die Erde von euren Kindern nur geborgt!“
Kein Vogel zwitschert mehr ...
Lindau kommt runter!

ARIANE V. K.

Wenn's um Geld geht ...

Bunte fordern Sparkassengewinne für Stadt und Land

OB Ecker, SPD, CSU, Junge Union und Freie Bürger haben keine Skrupel, den Bürgern in die Tasche zu langen.

Steuern, Beiträge und Gebühren werden seit Jahren immer wieder erhöht. Das ist meist richtig, damit die Pflichtaufgaben und wichtigen freiwilligen Leistungen der Stadt erfüllt und bezahlt werden können. Nur eine reiche, ergiebige Finanzquelle bleibt seit Jahrzehnten unangetastet: unsere Sparkasse Memmingen-Lindau-Mindelheim. Das ist weder nachvollziehbar noch gerecht.

Eigentlich hat der Verwaltungsrat das Sagen

Die ehemalige Stadt- und Kreissparkasse Lindau gehört nach wie vor den Bürgern. Daher sitzen Landrat Stegmann (CSU), OB Ecker (SPD) und Bürgermeister Schober (CSU) als Vertreter von Landkreis und Stadt im einflussreichen Verwaltungsrat der Sparkasse. Der Verwaltungsrat überwacht den Vorstand, stellt das Jahresergebnis fest und entscheidet über die Gewinnverteilung.

In der Praxis empfiehlt der Sparkassen-Vorstand – die Verwaltungsräte nicken ab

In der Praxis gibt leider der Sparkassen-Vorstand dem Verwaltungsrat Richtung und Linie vor und die Verwaltungsräte nicken alljährlich ab, was ihnen die Chefetage der Sparkasse empfiehlt. Dass der Verwaltungsrat gegen den



ausdrücklichen Wunsch des Sparkassen-Vorstandes beschlossen hätte, Sparkassen-Gewinne an Städte und Landkreise auszuwütten, ist bisher nicht bekannt geworden. Zuletzt hatte die Bunte Liste Lindau beantragt, der Stadtrat von Lindau solle dem Verwaltungsrat empfehlen, die Sparkassen-Gewinne an die Städte und Landkreise auszuschütten.

Nur Bunte Liste, LI und FW stimmten 2016 für eine Gewinnausschüttung

Gegen diese Empfehlung stimmten im Jahr 2016 die Verwaltungsräte Ecker und Schober mit CSU, Junge Union, SPD, FDP und Freie Bürger. Nur der Freie Bürger Rupflin stimmte mit LI, FW sowie der Bunten Liste Lindau für eine

Gewinnausschüttung. Dabei ist die Gelegenheit dafür seit Jahren sehr günstig. Sparkassenchef Munding sprach von „einer sehr erfreulichen Entwicklung im Geschäftsjahr 2015“.

Eine Gewinnausschüttung wäre seit Jahren problemlos möglich

Unsere reiche Sparkasse MM-LI-MN ist sehr gut abgesichert. Die Sicherheitsrücklage lag 2014 bei 226 539 Mio Euro. Hinzu kommen 96 Mio €, die im Fond allgemeine Bankenrisiken ausgelagert sind. 2015 weist die Sparkasse einen Jahresüberschuss von 5 Mio € aus. Der wirkliche Gewinn liegt aber bei 29 Mio €. Der Gewinn ist künstlich klein gerechnet: Der Sparkassen-Vorstand hat einfach vor Ermittlung des Jahresüberschusses 24 Mio € in den Bankenrisiken-Fond

eingestellt. Mit diesem Trick wollen die Sparkassenchefs berechnete Forderungen nach einer Gewinnausschüttung an Stadt und Landkreis unterbinden. Was die Sparkasse jährlich pressewirksam an Vereine „ausschüttet“, ist dagegen ein Almosen und eine reine Marketingmaßnahme der Sparkasse.

Hierzu braucht es kritische Verwaltungsräte statt Ja-Sager

Wir Bunten fordern weiterhin die Gewinnausschüttung der Sparkasse an Stadt und Landkreis auf Basis ihrer tatsächlichen, sehr hohen Gewinne. Hierzu braucht es kritische Bürgermeister im Verwaltungsrat der Sparkasse und nicht brave Ja-Sager.

ALEXANDER KISS

Alles andere als friedlich ...

Mehr als 70 Organisationen rund um den Bodensee engagieren sich für eine Welt ohne Waffen und gegen die am Bodensee angesiedelten Rüstungsbetriebe.

Es passt so gar nicht ins Bild der idyllischen Ferienregion Bodensee: fast 30 Rüstungsbetriebe am deutschen und schweizerischen Ufer stellen Waffen, Drohnen, Panzer, Motoren, Munition, Elektronik her, entwickeln Sicherheitszäune, militärische Software ... und liefern sie in alle Welt. Selbst viele Einheimische wissen von diesen Rüstungsfabriken nicht – detailliert nachzulesen unter www.waffenvombodensee.de.

Das weckt aber auch eine starke Friedensbewegung: mehr als 70 Organisationen rund um den See engagieren sich für eine andere Welt – so organisieren sie seit Jahren immer am Ostermontag den Internationalen Bodensee-Friedensweg. 2017 wieder auf deutscher Seite in Friedrichshafen.

„Frieden schaffen ohne Waffen“ ist erfolgreich und nachhaltig

Wir exportieren Waffen und bekommen dafür Flüchtlinge. Militäreinsätze erreichen ihre Ziele nicht und richten oft immensen Schaden an, verursachen menschliches Leid und produzieren immer wieder neue Gewalt. Wir protestieren aber

nicht nur gegen Krieg und Rüstung am Bodensee, es geht auch um mögliche Alternativen:

- Konversion in Rüstungsbetrieben ohne Gefährdung von Arbeitsplätzen,
- weg von der bisherigen Sicherheitslogik mit militärischen Interventionen,
- hin zu einer Friedenslogik, einem neuen Denken und Handeln mit zivilen und gewaltfreien Konfliktlösungen und einem gerechten Weltwirtschaftssystem.

Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen. Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt. Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber kriegablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist. Das weiß man nicht.

Auszug aus: „Die brennende Lampe“ von Kurt Tucholsky (unter dem Pseudonym Kaspar Hauser), veröffentlicht 1931 in „Die Weltbühne“

Was können wir in Lindau dafür tun?

- Sie können eine der Friedensorganisationen unterstützen oder sich selbst aktiv beteiligen.
- Oder Sie können sich für einen „wegweisenden“ Friedenspfad von Lindau durch die Gartenschau 2021 zu den Friedensräumen in Schachen einsetzen.
- Wir können uns auch bei jedem Einkauf als KonsumentIn gegen Armut und für einen fairen und nachhaltigen Welthandel entscheiden.

Wir sind alles andere als machtlos!

Beteiligen Sie sich mit Ihren Ideen und Ihrer Kreativität, eine lebendige Kultur des Friedens zu schaffen – eine Friedensregion Bodensee mitten im Ferienparadies.

FRIEDER FAHRBACH

Keine Waffen vom Bodensee

Kontakt und Informationen:
Frieder Fahrbach, Keine Waffen vom Bodensee e.V. / AK Friedens-region-bodensee
Achstraße 25, 88131 Lindau, Telefon 08382-7159317,
E-Mail frb@fahrbach@aol.com

Rechtspopulismus in Lindau – gibt's das überhaupt?

Auf den ersten Blick könnte man sagen, dass wir bisher davon verschont geblieben sind. Bei der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften regten sich nur vereinzelt Initiativen „besorgter Bürger“, die sich schnell in Wohlgefallen auflösten.

Überall entstanden engagierte Helferkreise. Einerseits ist dies dem Landratsamt zu verdanken, das auf dezentrale Unterbringung statt Massenunterkünfte setzte und AnwohnerInnen offen informierte. Andererseits hat das teils jahr-

Infostand vor dem Alten Rathaus am 18.6. zog nur wenige InteressentInnen an, dafür aber eine spontane Gegenkundgebung und eine ordentliche akustische Abreibung vom Fanfarenzug. Eine Woche zuvor war es selbst Frauke Petry nicht gelungen, den Lindener Löwensaal zu füllen. Stattdessen prägten 600 GegendemonstrantInnen das Bild. Ob dieses Bild stimmt, wird allerdings erst die Landtagswahl zeigen ...

Bleiben wir wachsam

Man muss nicht weit gehen, um erfolgreichere RechtspopulistInnen zu finden. Im baden-württembergischen Landtagswahlkampf fand in Friedrichshafen eine ganze Serie von AfD-Veranstaltungen statt, fast alle begleitet von Gegenaktionen, aber meist nicht wesentlich schlechter besucht als letztere. In Kempten gibt es eine umtriebige AfD-Gruppe, die am 26.7. übrigens mit über 20 Leuten ein Treffen in Wasserburg abhielt und Fotos davon auf ihrer Homepage veröffentlicht hat. In Bregenz, Singen und Obergünzburg gab es seit Anfang 2015 mehrere Pegida-Aufmärsche, an denen zahlreiche organisierte Neonazis teilnahmen.

Ebenfalls in unserer Region aktiv ist die „Identitäre Bewegung“, z. B. durch Aufkleber in Friedrichshafen. Sie behauptet eine allgemeine „Deutschenfeindlichkeit“ von „Ausländern“, gegen die „wir“ uns wehren müssten – ein klassisches Beispiel für Rechtspopulismus.

Der angeblichen „Deutschenfeindlichkeit“ liegt eine statistisch völlig falsche Berechnung zugrunde. Die Naziopferstatistik erfasst ja auch nicht einfach „Gewalt von Deutschen gegen Ausländer“, sondern aus rechtsradikalen Motiven begangene Gewalttaten, die sowohl AusländerInnen als auch Deutsche betreffen – Beispiele bei uns sind Marian B. aus Schlachters, der 2000 an den Folgen eines Naziangriffs starb, und Robert B. aus Lindau, der seit einem Naziüberfall 2006 schwerstbehindert ist.

ULI EPPLE



Stadtfest Lindau, Club Vaudeville 2016

zehntelange flüchtlingspolitische Engagement verschiedener Gruppen hier ein Bewusstsein für Fluchtgründe und Menschenrechte geschaffen.

Ein extremer Versuch rechter Hetze letztes Jahr an Weihnachten in einer Lindauer Facebookgruppe – die frei erfundene Geschichte über eine brutale Gruppenvergewaltigung durch Flüchtlinge – wurde dank des Engagements von LZ und Polizei schnell als Lüge aufgedeckt.

Organisierungsversuche der AfD sind bei uns bisher ziemlich in die Hose gegangen. Zum „Lindauer AfD-Stammtisch“ kam fast niemand außer den (auswärtigen) Veranstaltern. Der AfD-

www.bunteliste.de

IMPRESSUM

Hoybote, Mitteilungsblatt der Bunten Liste, Lindau

Herausgeber: Bunte Liste Lindau
Kontakt: hoybote-lindau@gmx.de
V.i.S.d.P.: Inge-Marga Pietrzak, 88131 Lindau (B)
Auflage: 12 500 Exemplare
Redaktion: Inge-Marga Pietrzak, Reiner Pietrzak, Uwe Peschka
Satz/Layout: Claudia Mahmoud
Produktion: Druckerei Kleb, Wangen-Haslach. Klimaneutraler Druck auf Recymago, 100% Recyclingpapier